

Gegen die Preistreiberien auf dem Lebensmittelmarkt.

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben:

Durch die Verordnung des Bundesrates vom 28. Juni d. J. ist die Versorgung unseres Volkes mit Brot für ein weiteres Jahr sichergestellt. Die Gefahr der Preiserhöhung ist glücklich abgeschlagen. Angesichts der guten Ernte und der aus dem alten Erntejahr herübergenommenen Vorräte können wir auch hoffen, daß die tägliche Brotration erhöht wird, sobald das Ergebnis der Ernte erst genau feststeht. Nicht so günstig liegen die Verhältnisse bei anderen wichtigen Nahrungsmitteln. Vielmehr ist eine weitere Erschwerung der Lebenshaltung zu befürchten, wenn die Regierung hier nicht ebenso energisch eingreift wie beim Getreide. Nicht daß es uns an den nötigen Mengen von Nahrungsmitteln fehle, um auch ein weiteres Jahr ohne Zufuhr vom Auslande durchhalten zu können. Aber die Preise geraten in ein immer schlimmer werdendes Mißverhältnis zu dem Einkommen weiter Volksschichten. Beim Fleisch, das für viele Unbemittelte schon nicht mehr erschwinglich ist, ebenso wie bei Milch und Milchprodukten hängen die Erzeugungskosten eng mit dem Mangel und den hohen Preisen der Futtermittel zusammen. Gemüse, die heute mehr wie sonst die Fleischnahrung ersetzen müssen, waren durch die Trockenheit im Anfang des Sommers sehr im Preise gestiegen. Jetzt ist ein Nachlassen der Preise bemerkbar. Beim Gemüse wie beim Fleisch ist eine vom Staate ausgehende einheitliche Regelung deshalb schwer durchführbar, weil es sich um sehr viele, verschiedenartige Produkte mit großen Qualitätsunterschieden handelt. Es muß daher in erster Linie Aufgabe der Städte sein, beim Gemüse und Fleisch durch geeignete Maßnahmen von Fall zu Fall preisregelnd einzugreifen. Anders steht es aber mit anderen wichtigen Nahrungsmitteln, die in großen gleichmäßigen Mengen im Inlande erzeugt werden. Hier hat die Regierung bis jetzt noch wenig getan. Darf sie aber bei dieser Untätigkeit verharren, wenn z. B. Grünkern, ein Nahrungsmittel, das nur im Inlande erzeugt wird, jetzt unmittelbar nach der Ernte vom Grozhändler zu Preisen verkauft wird, welche die normalen Friedenspreise um mehr als 100 % übersteigen, wenn Ähnliches für Gerste- und Haferpräparate und Hülsenfrüchte droht, und wenn man hört, daß jetzt schon Zwischenhändler dabei sind, die bevorstehende Kartoffelernte zu Kriegspreisen aufzulaufen?

Was kann geschehen, um diesen Preistreiberien ein Ende zu machen? Da wir dank der Aushungerungspolitik Englands ganz auf unsere eigene Erzeugung angewiesen sind, können auch nur unsere einheimischen Verhältnisse für die Preisbildung maßgebend sein. Ein wesentlicher Faktor sind natürlich die durch den Krieg erhöhten Produktionskosten, die eben getragen werden müssen. Darüber hinaus wird aber heute alles verteuert durch das Streben, aus dem Kriege einen materiellen Gewinn zu ziehen. Es wäre ungerecht, diesen Vorwurf nur den Produzenten und Händlern mit Lebensmitteln zu machen. Es ist eine der weniger erfreulichen Offenbarungen des Krieges, beobachten zu müssen, wie während der Jahrzehnte ungehörten wirtschaftlichen Aufschwunges den erwerbstätigen Kreisen unseres Volkes das Geldgewinnen so in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß es für viele das eigentliche Lebensziel bildet und sie es für eine Verübung am Geiste unserer Wirtschaftsordnung betrachten, einmal eine Gelegenheit zum Verdienen unbenuzt vorübergehen lassen. Sie werden den Vorwurf, den Kriegszustand zum Schaden der Allgemeinheit bewußt auszunutzen, weit von sich weisen, aber sie werden auch nicht anerkennen wollen oder im günstigsten Falle sich selbst noch nicht klar gemacht haben, daß der Krieg nicht nur an die Kämpfer an der Front, sondern auch an die zu Hause Gebliebenen erhöhte sittliche Anforderungen stellt, indem von ihnen verlangt werden muß, daß sie auf materielle Gewinne und Vorteile verzichten, wenn das Wohl des Ganzen es erfordert. Sie werden als Entschuldigung aber vor allem darauf hinweisen, daß ja der Staat selbst durch die hohen Preise, die er für Kriegslieferungen aller Art bewilligt, einem Teil der Produzenten enorme Gewinne zuführt. „Wenn mein Nachbar an der Herstellung und den Verkauf von Munition oder Stiefeln mehr als im Frieden verdient, warum soll ich nicht das gleiche bei der Herstellung und dem Verkauf von Lebensmitteln verdienen dürfen?“ Das kann man jeden

Tag hören. So wirken die großen Gewinne der Heereslieferanten nicht nur dadurch schädlich, daß sie unsere Volkswirtschaft auf Jahrzehnte hinaus belasten, sondern sie geben in der Gegenwart das böse Beispiel, das die Gewinnucht auf allen anderen Gebieten anreizt. Am unmittelbarsten empfinden wir die Wirkung auf dem Lebensmittelmarkt und hier ist sie so ungeheuer schädlich, weil sie nicht nur die Lebenshaltung der unbemittelten Klassen erschwert, sondern auch direkt aufreizend auf diese Kreise wirken muß.

Gerade weil aber dieses Bestreben, während des Krieges möglichst viel zu verdienen, so weit verbreitet ist, helfen keine Moralpredigten und helfen keine Erlasse des Generalkommandos und des Bundesrats gegen den Wucher. Wer sich mit diesen Dingen praktisch beschäftigt, weiß, daß es nur in den seltensten Fällen möglich ist, denjenigen zu fassen, der die Uberteuering wirklich verschuldet hat. Hier kann nur festes, sofortiges Zugreifen helfen. Es müssen für alle in Frage kommenden Lebensmittel, also Hülsenfrüchte, Hafer- und Gerstenpräparate und ähnliche Produkte, vor allem aber für Kartoffeln, Höchstpreise festgesetzt werden unter gleichzeitiger Aufnahme und Beschlagnahme der Vorräte und Ergreifung von Maßnahmen, die den Handel zwar nicht ganz ausschalten, ihn aber mit Zubilligung eines angemessenen Nutzens nur benutzen, um die Verteilung der Lebensmittel an die Verbraucher vorzunehmen. Ganz besonders muß aber gefordert werden, daß diese Maßnahmen der Höchstpreise und Beschlagnahme schon jetzt für die bevorstehende Kartoffelernte getroffen werden damit die Kartoffeln nicht wieder in den Mieten und Kellern verschwinden, und wir nicht wieder ein ähnlich trauriges Schauspiel wie im abgelaufenen Erntejahr erleben müssen.

F. R.